

Bürgermeister Peter Todeskino  
Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt

Landes-  
hauptstadt Kiel



Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Katja Günther  
Im Hause

24103 Kiel, *11.09.2012*  
Rathaus, Zi. 463  
Telefon: (04 31) 901-30 05  
Telefax: (04 31) 9 01-6 30 05  
E-Mail: buergermeister.todeskino@kiel.de

Sehr geehrte Frau Günther,

Ihrer Bitte, einen Bericht über die Räumung des Zeltlagers am Kleinen Kiel zu erstatten, komme ich als Bürgermeister in Vertretung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Kiel gerne nach.

Die Gründe für die Räumungsaufforderung ergeben sich aus meiner umfangreichen Allgemeinverfügung vom 20.08.2012. Ein Zeltlager auf der Grünfläche am Kleinen Kiel ist bau-, satzungs-, und naturschutzrechtlich unzulässig. Eine weitere Duldung des Zeltlagers kam unter keinen Umständen in Betracht. Andere Standorte wären ebenfalls nicht genehmigungsfähig gewesen. Dies erläutere ich ergänzend wie folgt:

Der Zustand des Zeltlagers am Tag der Räumung bestätigte die schlimmsten Erwartungen. Bekanntlich berichtete die KN über flüchtende Ratten aus dem Verpflegungszelt und über mit Urin befüllte Behältnisse in einer übel riechenden Ecke eines Zeltes. Dort war es im Laufe der Zeit offenbar zu Verkippungen von Fäkalien gekommen. Das Zeltlager verfügte über keine sanitären Einrichtungen. Tagsüber nutzten die Bewohner die Toilette der Sparkasse und die öffentliche Toilette im ABK-Beratungshaus an der Holstenbrücke. Hier mussten zunehmend Sonderreinigungen durchgeführt werden, weil die Bewohner sich dort auch wuschen und ihre Wäsche machten. Nachts stand dann kein Abort zur Verfügung. Die Stadtwerke lieferten allerdings Strom „frei Zelt“.

Wesentlich für die Räumungsaufforderung waren polizeiliche Erkenntnisse über die sich stetig verändernde Zusammensetzung der Bewohnerschaft und des Nutzerkreises des Zeltlagers. Zunehmend ließen sich dort Menschen mit „besonderen Persönlichkeitsstrukturen“ nieder. Menschen fanden hier Obdach. In meinen Verhandlungen hatte ich es neben wenigen Occupy-Aktivisten mit bekennenden Wohnungslosen, Obdachlosen und Konsumenten welcher Mittel auch immer zu tun. Zwei Gesprächsteilnehmer waren im Verlaufe der Gespräche kaum ansprechbar bzw. entrückt.

Meine Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestalteten sich auch deshalb schwierig, weil Recht und Gesetz pauschal verworfen wurden. Das Prinzip einer repräsentativen Demokratie lehnten die Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmer generell ab: „Baurecht: Nein Danke! Haben andere gemacht“. Der Ton war fordernd und nicht kompromissbereit.

Mit der Änderung der Bewohner- und Nutzerstruktur blieben Politikimpulse erkennbar auf der Strecke. Die Berichte in der KN oder auch anderen Publikationen sind insofern berechtigt. Unabhängig davon, habe ich den Eindruck gewinnen müssen, dass das Zeltlager – nach meinem ersten Anhörungsschreiben – Gegenstand parteipolitischer Interessen wurde. Mich hat es dabei betroffen ge-

- 2 -

macht, dass die Dauerbewohnerinnen und -bewohner instrumentalisiert wurden und werden. Sie bedürfen aus meiner Sicht und Sicht beteiligter Sozialarbeiter teilweise einer anderen Fürsorge. Unverständlich ist mir nach wie vor, wie einige Politikerinnen und Politiker und Occupy-Aktivisten die Augen vor den o. g. Zuständen verschließen konnten. Allerdings zeigten meine mittelbaren Kontakte, dass nicht alle Aktivisten mit einem Fortbestand des Zeltlagers einverstanden waren.

Denn es kam vermehrt zu Spannungen zwischen den Bewohnerinnen bzw. Bewohnern und Nutzerinnen bzw. Nutzern untereinander und Dritten u. a. aus dem Spektrum „Bergstraße“. Zeitweilig wurde die Polizei (!) gerufen, um zu schlichten. Daher musste eine offenkundige Brandstiftung sehr beunruhigen, die nach einem Streitgespräch im Zeltlager stattfand. Der unbekannte Täter entzündete – offenbar aus Wut - Stellwände. Dies war der dritte bekannte Brandfall im Lager, nachdem große Teile des Zeltlagers vor der Kieler Woche 2012 in Flammen aufgegangen waren. Anzeige erstattete die Bewohnerschaft nicht. Gefahr für Leib und Leben war nicht mehr auszuschließen, so dass eine Duldung des illegalen Lagers für mich persönlich nicht mehr verantwortbar war. Im Falle von Personenschäden wären staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen mich unabwendbar gewesen.

Unter den genannten Umständen war ein Verbot des Zeltlagers alternativlos. Darüber setzte ich die Bewohnerschaft am 16.07.2012 in Kenntnis. Zu diesem Zeitpunkt waren andere Protestformen verhandelbar, nicht aber der Betrieb eines Protestcamps 7 Tage/24 Stunden auf öffentlichen Flächen. Insgesamt haben vier Gesprächsrunden – die letzte moderiert – zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und mir stattgefunden. In allen Gesprächen zeigten sich diese alternativen Überlegungen gegenüber total verschlossen und beharrten auf Fortbestand des Camps, am Ende sogar mit einem für Wohnzwecke geeigneten Baucontainer und einem Versammlungszelt sowie von der Stadt zu finanzierenden Dixitoiletten und Müllcontainern.

Das von mir unterbreitete Angebot, eine Wahlkampfbude vor dem Leik und städtische Veranstaltungsräume für die politische Arbeit zu nutzen, lehnten die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer unter Hinweis auf ihre Plenumsbeschlüsse ab. Die Diskussionen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern waren insofern indifferent und schwierig und von ihnen allein darauf ausgerichtet, das Zeltlager an Ort und Stelle weiterbetreiben zu dürfen. Details der Gespräche erspare ich mir an dieser Stelle.

Der Fortbestand des Zeltlagers war nach meiner Einschätzung der Mehrzahl der Kielerinnen und Kieler nicht mehr vermittelbar.

Ich halte fest:

- Die Landeshauptstadt Kiel hat das Zeltlager lange Zeit geduldet.
- Das Verfahren zur Räumung war transparent und fair:
  - Die Bewohner erhielten eine Anhörung zur beabsichtigten Räumung.
  - Den Bewohnern wurde eine lange Räumungsfrist (16.07. – 01.09.2012) eingeräumt.
  - Zwischen Anhörung und Fristende fanden vier Gesprächsrunden mit mir in Funktion des Oberbürgermeisters statt. Die letzte Gesprächsrunde wurde moderiert.
  - Die Landeshauptstadt Kiel unterbreitete den Occupy-Aktivisten ein Angebot, den Protest an zentralster Stelle der City weiterzuführen.

Nach Ablehnung des Angebots musste die Räumungsverfügung mit Hilfe der Polizei durchgeführt werden. Die Polizeiaktion verlief friedlich – wie verabredet – und ohne größere Zwischenfälle. Überregional wurde davon kaum Notiz genommen.

Mit freundlichem Gruß,

  
Peter Todeskind